

Vey, Judith 2015: Gegen-hegemoniale Perspektiven: Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010. Hamburg: VSA Verlag.

Vey, Judith 2016: Crisis protests in Germany, Occupy Wall Street, and Mietshäuser

Syndikat: Antinomies of current Marxist- and anarchist-inspired movements and their convergence. *Capital & Class*, Jg. 40, Heft 1, 59-74.

Wullweber, Joscha 2010: Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie: Das Nanotechnologie- Projekt. Baden-Baden: Nomos.

Zwischen Reform und Revolution: Ergebnisse der Befragung von G20-Demonstrierenden am 02. und 08. Juli 2017 in Hamburg

Sabrina Zajak/Sebastian Haunss/Priska Daphi/Leslie Gauditz/Matthias Micus/Moritz Sommer/Simon Teune

Am 7. und 8. Juli 2017 fand in Hamburg das zwölfte Treffen der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) statt. Bereits seit Herbst 2016 hatten verschiedenste Organisationen und Bündnisse begonnen, zum Protest gegen dieses Treffen zu mobilisieren. Das Spektrum der zum Protest aufrufenden Organisationen war ausgesprochen breit und repräsentierte einen großen Ausschnitt des linken und linksliberalen politischen Spektrums vor allem in Deutschland. Das Bündnis umfasste landesweite und lokale friedens-, umwelt- und entwicklungspolitische Assoziationen, eine Vielzahl Hamburger Initiativen, der globalisierungskritischen Bewegung nahestehende Zusammenschlüsse aus dem europäischen Ausland, linksradikale und autonome Gruppen und Parteien, einzelne Gewerkschaften und gewerkschaftliche Jugendverbände sowie Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Vor und während des Gipfeltreffens gab es mindestens acht Demonstrationen mit mehr als 1000 TeilnehmerInnen und eine Vielzahl kleinerer Demonstrationen und anderer Protestformen wie Blockaden und Kunstaktionen, die von einzelnen Bündnissen oder Initiativen

organisiert wurden. Gemeinsam mit dem Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (Socium) und dem Göttinger Institut für Demokratieforschung (GifD) haben WissenschaftlerInnen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung erneut eine Befragung der Protestierenden durchgeführt¹, dieses mal für zwei zentrale Demonstrationszüge: Die bereits für den 2. Juli, also am Wochenende vor dem offiziellen Gipfel, angesetzte Demonstration „G20 Protestwelle“, zu der vor allem Umweltorganisationen, Bündnis 90/Die Grünen und das Mobilisierungsnetzwerk Campact aufgerufen hatten, sowie die Abschlussdemonstration am 8. Juli mit dem Titel „Grenzenlose Solidarität statt G20!“, für die ein Bündnis linker, überwiegend antikapitalistischer Organisationen und Parteien warb. Die beiden Demonstrationen wurden sowohl in der medialen Berichterstattung als auch zumindest von einigen der aufrufenden Organisationen als Konkurrenzveranstaltungen wahrgenommen. Die Demonstration am 2. Juli („Protestwelle“) wurde als etwas moderater und reformorientiert charakterisiert, wohingegen der Demonstration am 08. Juli („Grenzenlose Solidarität statt G20!“) eine radikale Ablehnung der G20 als Repräsentant des globalen Kapitalismus

attestiert wurde. Gleichzeitig symbolisierten beide Demonstrationen die inhaltliche und strategische Bandbreite der Proteste gegen den G20-Gipfel.

Im Folgenden stellen wir zentrale Ergebnisse unserer Studie dar, wobei wir insbesondere der Frage nachgehen, ob es sich bei den DemonstrantInnen tatsächlich um zwei getrennte Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungen handelt, oder ob sich die Protestierenden nicht doch ähnlicher sind, als die unterschiedliche Charakterisierung der beiden Demonstrationen suggeriert. Die Beantwortung dieser Frage ist auch relevant in Hinblick auf die Frage nach dem aktuellen Stand der globalisierungskritischen Bewegung und auf die Entwicklung von Protestdynamiken in Deutschland im Allgemeinen. Erleben wir ein erneutes Aufleben der globalisierungskritischen Bewegung oder eher eine Parallelität einzelner Protestereignisse, die keinen gemeinsamen Nenner mehr besitzen?

Diesen Fragen wird nachgegangen, indem wir die Motive, Überzeugungen und Einstellungen der Protestierenden in den Mittelpunkt unserer Untersuchung stellen. Damit ist diese Studie auch ein Gegengewicht zu der öffentlichen Fokussierung auf die den Gipfel begleitende Gewalt.

1 | Wer sind die TeilnehmerInnen der G20-Demonstrationen in Hamburg?

Wer demonstriert gegen den G20-Gipfel? Auf diese Frage können wir zunächst auf Grundlage der Befragungen eine Antwort hinsichtlich der Sozialstruktur (Geschlecht, Alter, Herkunft, Bildungsgrad und Beschäftigungsverhältnisse) der Demonstrierenden geben.

Geschlecht

Für die G20-Demonstrationen war angesichts der Heterogenität möglicher Anschlusspunkte und Unterthemen zunächst keine Ungleichverteilung der Geschlechter zu erwarten. Und in der Tat ist keine signifikante Überrepräsentation von Männern oder Frauen zu erkennen. Interessant ist der Unterschied zwischen den beiden G20-Demonstrationen: Die Ergebnisse

der Befragung zeigen einen um sechs Prozentpunkte höheren Anteil von Frauen auf der ersten Demonstration am 2. Juli (53%).

Alter

Die erste Demonstration ist nicht nur „weiblicher“, sie ist mit einem Durchschnittsalter von knapp fünfzig Jahren auch deutlich „älter“ als die zweite Demonstration, bei der das Durchschnittsalter um fast fünf Jahre niedriger ist. Sowohl der Anteil der unter 25-Jährigen (2. Juli: 8,3%; 8. Juli 13,9%) als auch insbesondere der Anteil der 25-39-Jährigen (2. Juli 21,4%, 8. Juli 31,4%) ist auf der zweiten Demonstration wesentlich höher als auf der ersten Demonstration.

Auch im Vergleich zu früheren von uns durchgeführten Demonstrationsbefragungen weist die „Protestwelle“ den größten Anteil an über 64-Jährigen auf (14,5%).

Bildung

Die Teilnehmenden beider Demonstrationen verfügen über einen überdurchschnittlichen Bildungsgrad, ein Befund der sich ebenso für die Teilnahme an anderen Protestaktivitäten feststellen lässt (Rucht 2003; Baumgarten/Rucht 2013; Daphi et al. 2015a). Die genaue Struktur des Bildungsgrads ist dabei für beide Demonstrationen sehr ähnlich. Über sechzig Prozent der Befragten verfügen über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss; der Bevölkerungsdurchschnitt liegt bei gerade einmal 15 Prozent. Auf beiden Demonstrationen verfügen mehr als fünf Prozent über einen Dokortitel (Bevölkerungsdurchschnitt: 1,3%). Das Bildungsniveau der TeilnehmerInnen beider Demonstrationen liegt damit weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Beruf und Erwerbssituation

Für beide Demonstrationen ist der Anteil der Angestellten, ArbeiterInnen und BeamtInnen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht überdurchschnittlich. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt mehr als doppelt so groß ist der Anteil der Selbstständigen (2. Juli: 15,5%; 8. Juli 12,9%; Allbus 2012: 6,7%). Ent-

sprechend der Altersstruktur gibt es deutliche Unterschiede zwischen den beiden Demonstrationen beim Anteil der Studierenden oder den sich in einer Ausbildung befindenden TeilnehmerInnen. Dieser liegt für die zweite G20-Demonstration am 8. Juli bei über 21 Prozent und damit zehn Prozentpunkte über dem Wert der ersten Demonstration, die nur knapp über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt (z. B. Anti-TTIP/CETA-Demonstration: 19,5 %).

Damit ergibt sich folgender Befund: Für beide Demonstrationen lassen sich die bekannten Verzerrungen beobachten. Die G20-Demonstrierenden verfügen über einen höheren Bildungsgrad, sind jünger und auf dem Arbeitsmarkt bessergestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt. Im Vergleich der beiden G20-Demonstrationen sticht der höhere Frauenanteil und das auch im demonstrationsübergreifenden Vergleich hohe Durchschnittsalter der Befragten auf der ersten Demonstration am 2. Juli hervor. Diese erste Demonstration ist in Teilen näher am Bevölkerungsdurchschnitt als die zweite Demonstration, die tendenziell eher von jüngeren Männern in Studium oder

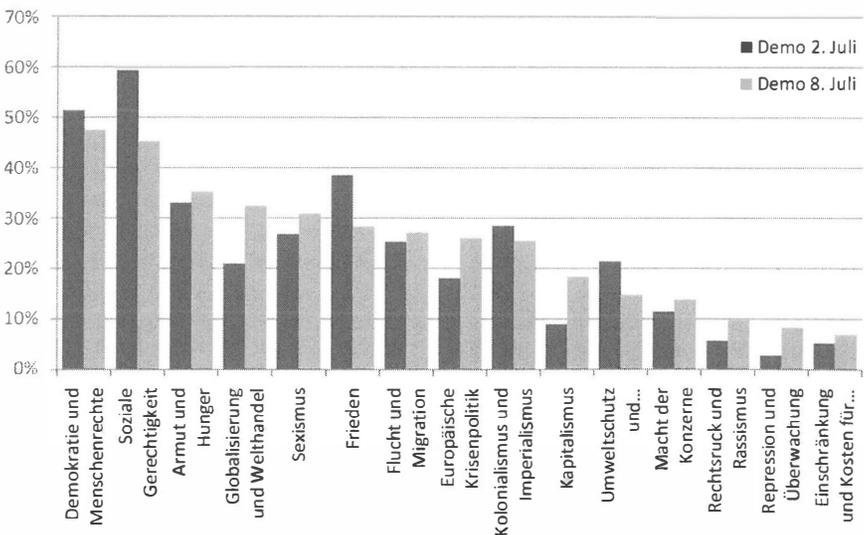
Ausbildung geprägt wird. Dies könnte darauf hindeuten, dass die inhaltlichen und taktischen Unterschiede der aufrufenden Aktionsbündnisse tatsächlich zu einer Mobilisierung leicht unterschiedlicher Personengruppen geführt haben. Jedoch könnte auch die Medienberichterstattung im Vorfeld eine Rolle gespielt haben, die vor allem die Demonstration am 8. Juli (Demonstration 2) als potentiell gefährlich eingestuft hat, und somit wohlmöglich Frauen und ältere Personen abgeschreckt hat.

2 | Motive und Aussagen über die G20

Motive

Ein zentrales Ziel der Umfrage war es, etwas über die Motive der Demonstrierenden zu erfahren. Die für die Teilnehmenden wichtigsten Themen sind Demokratie und Menschenrechte sowie soziale Gerechtigkeit (Abbildung 1). Dann folgen bei der ersten Demonstration Frieden, Armut und Hunger, Kolonialismus und Imperialismus, Sexismus sowie Flucht und Migration. Bei der zweiten Demonstration werden die gleichen Themen genannt,

Abbildung 1: „Welches sind die Themen, die Ihnen bei der G20-Demonstration am wichtigsten sind?“ (Angaben in Prozent der Befragten, Mehrfachantworten waren möglich)



nur dass dort Globalisierung und Welthandel statt Kolonialismus und Imperialismus häufiger vorkommen. Sichtbare Unterschiede gibt es zudem in den Kategorien Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz, die auf der ersten Demonstration häufiger genannt werden sowie europäische Krisenpolitik und Kapitalismus, die auf der zweiten Demonstration präsenter sind.

Hier zeigten sich starke Übereinstimmungen zwischen beiden Demonstrationen, aber auch Differenzierungen hinsichtlich der Rangfolge der Themen, die aber nicht auf ein deutlich unterschiedliches Profil zwischen den TeilnehmerInnen beider Demonstrationen hinweisen.

Einstellungen und Aussagen zur G20

Die Analyse der Aussagen über den G20-Gipfel zeigt, dass ein überwältigender Teil der DemonstrantInnen die Politik der G20-Staaten für die momentanen globalen Konflikte und Krisen verantwortlich macht. Zwei Fünftel der befragten Personen (40,5%) selbst auf der als eher moderat geltenden Demonstration „Protestwelle“ vom 2. Juli stimmen einer entsprechenden Aussage voll und ganz, weitere 44 Prozent zumindest überwiegend zu. Auf der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20!“ am darauffolgenden Samstag sieht sogar mehr die Hälfte der Befragten (53,9%) die G20-Staaten voll und ganz in der Verantwortung für die globalen Krisen.

Bei der Frage der Reformierbarkeit der G20 (Abbildung 2) sind sich die TeilnehmerInnen der beiden Demonstrationen weniger einig. Während fast zwei Drittel der Befragten vom 8. Juli angibt, dass die G20 „überhaupt nicht“ (25,6%) oder „eher nicht“ (35,3%) reformierbar seien, sind bei der „Protestwelle“ deutlich

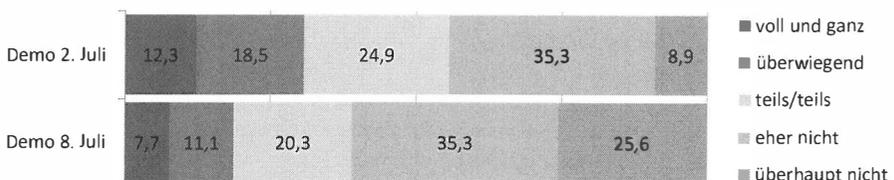
mehr als die Hälfte (55,7%) der TeilnehmerInnen mehr oder weniger dezidiert vom Gegenteil überzeugt.

Bei den Befragten beider Demonstrationen herrscht zudem weitgehende Einigkeit darüber, dass die G20-Staaten die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus vorantreiben: 85 Prozent stimmen am 8. Juli der Aussage „Die G20 stehen für die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus“ voll und ganz oder überwiegend. Die „Protestwelle“-TeilnehmerInnen sind diesbezüglich etwas weniger entschieden, aber auch unter ihnen stimmen knapp vier Fünftel (78,1%) der Aussage mehr oder weniger eindeutig zu. Auch die Antworten auf die Aussage: „Die G20 stehen für die Aufteilung der Welt unter den mächtigsten westlichen Ländern“, verdeutlichen, dass eine Fundamentalkritik an dem Gipfeltreffen mehrheitlich geteilt wird. Beinahe die Hälfte der Befragten (2. Juli: 45,0%) bzw. mehr als die Hälfte (8. Juli: 55,6%) stimmen dem zu.

Insgesamt werden bei beiden Demonstrationen die G20-Staaten und die Politik, für die sie stehen, für die globalen Missstände verantwortlich gemacht. Ferner erscheinen die G20 als Agenten forcierter wirtschaftlicher Ungleichheiten auf globaler ebenso wie lokaler Ebene. Aus demokratietheoretischer Perspektive kommt außerdem erschwerend hinzu, dass ihnen von den DemonstrantInnen, also einem Teil jener BürgerInnen, die sie vermeintlich repräsentieren, die Legitimität und zu guten Teilen auch die Reformierbarkeit abgesprochen werden.

Die Kritik am Kapitalismus ist bei beiden Demonstrationen präsent. Bei beiden Demonstrationen ist die überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung, der Kapitalismus

Abbildung 2: Zustimmung zur Aussage „Die G20 sind reformierbar.“



müsse überwunden werden. Nur eine kleine Minderheit stimmt dieser Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zu (2. Juli: 10%; 8. Juli: 5,7%). Bei dieser Frage zeigen sich die TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration demnach etwas radikaler als die der ersten.

Bemerkenswert ist, dass die meisten der Befragten trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber politischen RepräsentantInnen staatliche Intervention als ein wichtiges Element einer anderen Politik ansehen. Drei Viertel (76,5%) der Befragten am 2. Juli und sogar vier Fünftel (81,1%) am 8. Juli sind mindestens überwiegend der Meinung, dass die Regierung die Einkommen stärker von oben nach unten umverteilen sollte. Fast alle Befragten (2. Juli: 94,7%; 8. Juli: 92,3%) sind der Ansicht, dass die wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen nicht durch Privatunternehmen erbracht werden, sondern in staatlicher Hand bleiben sollten.

Mobilisierung

Wodurch sich die Befragten zur Teilnahme an einer Demonstration ermutigt fühlen, ist im Fall des G20-Gipfels besonders relevant, weil wir es mit zwei in Teilen konkurrierenden Protestbündnissen zu tun haben. Deshalb haben wir auch gefragt, über welche Organisationen die Teilnehmenden von der Demonstration erfahren haben. Da zeichnet sich ein erstaunliches Ergebnis ab: Die Befragten ziehen keine klare Trennungslinie zwischen den Organisatoren beider Demonstrationen. Auf die Frage, über welche Organisation die Befragten von der G20-Demonstration erfahren haben, antwortet am 8. Juli immerhin ein Fünftel mit Campact, am 2. Juli geben knapp zehn Prozent die Partei Die Linke an. Auch wenn die Zahlen während der Demonstration, zu der sie jeweils aufgerufen haben, deutlich höher sind (Campact: 49% am 2. Juli, Die Linke: 25,7% am 8. Juli), zeigt sich, dass Organisationen auch dann als eine wichtige Informationsquelle wahrgenommen werden, wenn sie zur konkreten Demonstration nicht aufgerufen haben. Gleiches gilt auch für andere zentrale Akteure wie Greenpeace

(20,9% am 2. Juli; 9,4% am 8. Juli) und Bündnis 90/Die Grünen (7,6%, bzw. 5,1%). Der markanteste Unterschied wird deutlich, wenn man den Einfluss linksradikaler Gruppen summiert. Bei der Demonstration am 8. Juli werden antifaschistische und autonome Gruppen, die Interventionistische Linke und das Ums Ganze-Bündnis von 27,8 Prozent der Befragten als Informationsquelle genannt. Am 2. Juli liegen deren Werte in der Summe bei nur acht Prozent.

Einen interessanten Kontrast bietet die Wahrnehmung der jeweils anderen Demonstration: Bei beiden Demonstrationen gibt es einen relevanten Anteil, der die jeweils andere Demonstration deutlich kritisch sieht. Am 2. Juli geben 14 Prozent der Befragten an, die Demonstration am 8. Juli sei ihnen „zu radikal“. Umgekehrt geben bei der zweiten Demonstration gar 31 Prozent an, ihnen sei die „Protestwelle“ „zu bürgerlich“ gewesen. Auch wenn die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen beider Demonstrationen diese Art der Kritik der jeweils anderen Demonstration klar zurückweist, gibt es offenbar durchaus auch bei den Demonstrierenden Vorbehalte gegeneinander, die die gegenseitigen Abgrenzungen der OrganisatorInnen widerspiegeln.

3 | Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und Formen des politischen Engagements

Einstellungen zur Demokratie

Die kritische und ablehnende Haltung gegenüber der G20 übersetzt sich nicht in eine Ablehnung gegenüber der Demokratie als politische Staatsform. Im Gegenteil: Die Idee der Demokratie genießt bei den Befragten beider Demonstrationen eine sehr hohe Wertschätzung. 93 Prozent der Teilnehmenden der ersten Demonstration sind sehr oder eher zufrieden mit der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Für die Teilnehmenden an der zweiten Demonstration trifft dies auf 88 Prozent zu. Allerdings nehmen die Werte ab, wenn man nach der Demokratie, wie

sie in der Verfassung festgelegt ist, fragt. Da sind nur noch 76 Prozent (Demonstration 1) bzw. 64 Prozent (Demonstration 2) sehr bzw. überwiegend zufrieden. Große Einigkeit besteht in der Bewertung des tatsächlichen Funktionierens der Demokratie. Hier zeigen sich nur noch 27 Prozent (Demonstration 1) und 21 Prozent (Demonstration 2) zufrieden. Die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen demokratischen Praxis ist bei beiden Demonstrationen demnach sehr hoch. Diese Werte korrespondieren mit den eingangs beschriebenen Forderungen der Demonstrierenden nach einer Demokratisierung nationaler und internationaler Politik.

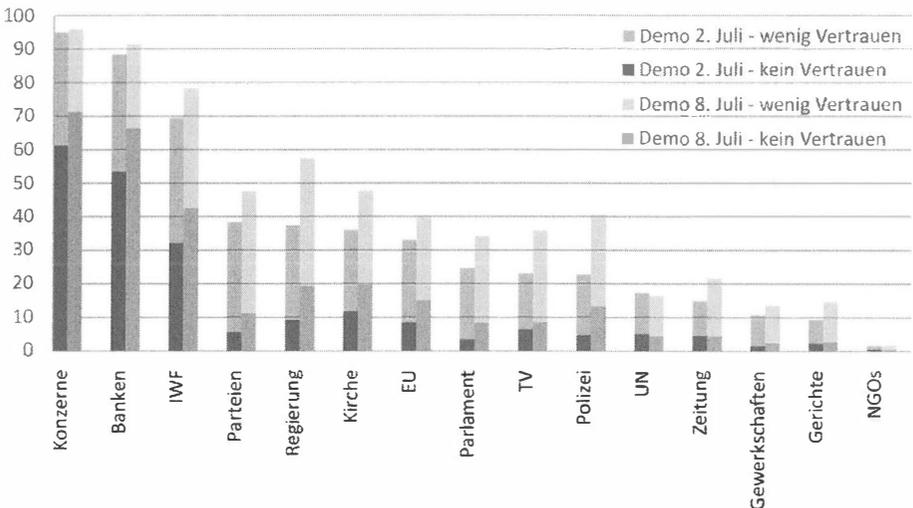
Institutionenvertrauen

Das Vertrauen der Befragten in die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Gruppen differiert allerdings stark. Abbildung 3 zeigt nur die Anteile für „wenig“ oder „überhaupt kein Vertrauen“. Angesichts der breit geteilten Kapitalismuskritik verwundert es nicht, dass Konzernen, Banken und dem IWF in beiden Demonstrationen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Unterschiede zeichnen sich ab, wenn man nach den Institutionen und Trägergruppen

der repräsentativen Demokratie fragt. Diesen bringen die bei der Demonstration am 8. Juli Befragten deutlich weniger Vertrauen entgegen. Besonders starke Unterschiede ergeben sich bei Parteien (Demonstration 1: 38,4%; Demonstration 2: 47,6%) und der Regierung (Demonstration 1: 37,4% und Demonstration 2: 57,3%), aber insbesondere auch bei der Polizei (Demonstration 1: 22,8% und Demonstration 2: 40,8%). Die EU hat geringere Misstrauenswerte (Demonstration 1: 33,2%; Demonstration 2: 40,3%) als die nationalen Parteien und die nationalstaatliche Regierung. Dies ist ein signifikanter Unterschied z. B. zu den Demonstrierenden auf der Anti-TTIP/CETA-Demonstration, die eher den nationalen Institutionen als der EU ihr Vertrauen schenken (Daphi et al. 2015a). Vertrauenswürdig erscheinen den Befragten vor allem Bürgerinitiativen und NGOs, gefolgt von Gewerkschaften.

Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala
Angesichts dessen, dass die OrganisatorInnen der zweiten Demonstration im Durchschnitt deutlich weiter links im politischen Spektrum zu verorten sind als die OrganisatorInnen der ersten Demonst-

Abbildung 3: Misstrauen in Institutionen (in Prozent)



ration, war zu erwarten, dass auch bei den TeilnehmerInnen der Demonstration dieses Muster zu finden ist. Betrachtet man die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, so ergibt sich folgendes Bild: Weniger als ein Prozent positioniert sich rechts der Mitte, der weit überwiegende Teil verortet sich links der Mitte (Demonstration 1: knapp 85%; Demonstration 2: 86,5%). Dieser Wert liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt wie auch über dem Wert der Anti-TTIP/CETA-Demonstrierenden (69,9%). Anders als in repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind diejenigen, die sich in der Mitte verorten, deutlich in der Minderheit (2. Juli: 14,2%; 8. Juli: 12,8%). Zum Vergleich: Laut World Value Survey (2010-2014) positionieren sich 55,6 Prozent in der Mitte.

Die linke politische Selbstpositionierung spiegelt sich auch in der Sonntagsfrage wider. Auf die Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre“, gaben 43 bzw. 60 Prozent an, Die Linke zu wählen, und 35 bzw. 18 Prozent

Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD schafft es mit 9 bzw. 6 Prozent immerhin noch über die 5-Prozent-Hürde, alle anderen Parteien spielen keine relevante Rolle.

Politisches Engagement

Die G20-Demonstrierenden sind keine Protestneulinge, sondern verfügen über viel Erfahrung im politischen Engagement. Nur knapp drei Prozent der Befragten geben an, sich im Rahmen der G20-Demonstration erstmalig politisch engagiert zu haben (bei den Anti-TTIP/CETA-Demonstrierenden: elf Prozent). Über neunzig Prozent der Befragten geben an, sich in den letzten fünf Jahren an Protesten beteiligt zu haben. Zwanzig Prozent haben sich sogar an mehr als zehn Demonstrationen beteiligt. Damit liegt der Anteil derer, die in den letzten Jahren vermehrt auf die Straße gingen, deutlich über den Werten, die bei anderen Demonstrationen der letzten Jahre ermittelt wurden.

Ein Blick auf die Themen, zu denen sich die G20-Demonstrierenden bereits politisch engagiert haben, zeigt, dass besonders Um-



weltschutz (62%) und Freihandelsabkommen (58%) wichtige bisherige Engagementfelder waren (Abbildung 4). Das hohe Engagement im Bereich Umweltschutz stimmt dabei mit den zentralen Anliegen der Demonstrierenden überein. Zum hohen Engagement im Bereich der Freihandelsabkommen passt, dass sich 56 Prozent der Befragten als Teil der globalisierungskritischen Bewegung verstehen. Ein Teil der Befragten hat sich zudem an Protesten gegen Gipfeltreffen der letzten zwanzig Jahre beteiligt, besonders an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 (Demonstration 1: 12%; Demonstration 2: 17%, nicht abgebildet). Weitere zentrale Themen früheren politischen Engagements sind: Migration/Flüchtlingspolitik (52%), Frieden (44%), Anti-Rassismus (42%) und Menschenrechte (36%). Auch hinsichtlich der Engagement-Themen lassen sich einige Unterschiede zwischen den beiden befragten G20-Demonstrationen finden. Besonders die Themen Anti-Rassismus (Demonstration 2: 47% vs. Demonstration 1: 36%) und internationale Solidarität (Demonstration 2: 31% vs. Demonstration 1: 17%) sind für die Teilnehmenden der zweiten Demonstration am 8.

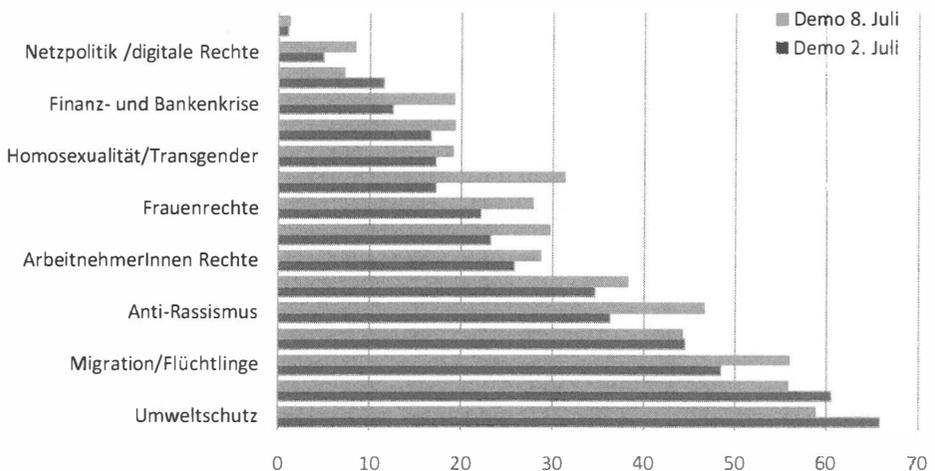
Juli deutlich wichtiger als für die der ersten. Dagegen ist das Thema Umwelt den Teilnehmenden der ersten Demonstration wichtiger (66% vs. 59%)

Das ausgeprägt hohe politische Engagement und die umfangreichen Vorerfahrungen mit anderen Protesten gehen einher mit einer relativ weit verbreiteten Offenheit für konfrontativere Formen des Protests bei gleichzeitiger überwiegender Ablehnung unmittelbarer Gewalt. Sechs von zehn (2. Juli: 59,3%), bzw. acht von zehn Befragten (8. Juli: 81,4%) unterstützen Blockadeaktionen gegen den G20-Gipfel. Explizit abgelehnt werden die Versperrung von Fahrtrouten und die Behinderung zeitplangemäßer Abläufe nur von einer eher kleinen Minderheit (2. Juli: 18,3%; 8. Juli: 7,9%).

4 | Fazit

Unsere Umfrage macht insgesamt deutlich, dass sich die TeilnehmerInnen beider Demonstrationen deutlich ähnlicher sind, als das die Konflikte zwischen den beiden Demonstrationsbündnissen im Vorfeld der Proteste hätten erwarten lassen. Das wird deutlich an der sozio-demografischen Zusammensetzung

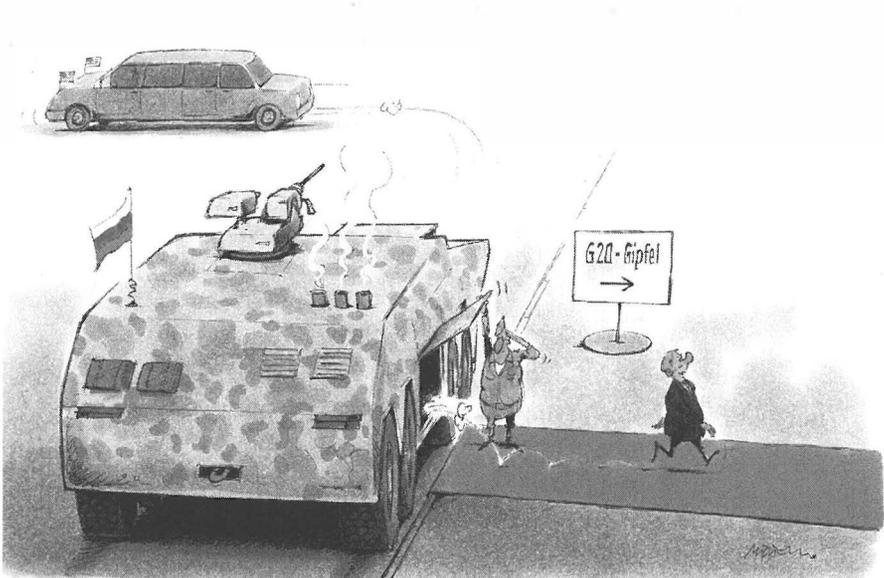
Abbildung 4: Themen früheren politischen Engagements der G20 Demonstrierenden (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



(Bildung, Erwerbsstatur) mit Ausnahme von Alter und Geschlecht, an ihren Einstellungen zur Demokratie und an den Formen frühen politischen Engagements. Die Teilnehmenden von beiden Demonstrationen haben sehr klare Vorstellungen davon, was ihrer Meinung nach an der Politik der G20 nicht in Ordnung ist. Sie wollen mit ihrem Protest ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit, einen gerechteren Weltmarkt und gegen eine Politik der G20 setzen, die sie für Armut und Hunger auf der Welt verantwortlich machen. Und ganz besonders geht es den Menschen darum, eine Politik zu fordern, die etwas gegen den Klimawandel und dessen Folgen unternimmt. Gut die Hälfte der Protestierenden identifiziert sich außerdem klar mit der globalisierungskritischen Bewegung.

Dies alles deutet darauf hin, dass es eine Dichotomie zwischen einer antikapitalistischen Demonstration am 8. Juli auf der einen Seite und einer vermeintlich „bürgerlichen“ Demonstration am 2. Juli auf der anderen Seite so nicht gibt.

Unterschiede zeigen sich eher im Grad der Bestimmtheit als in der generellen Ausrichtung. Insgesamt sind die DemonstrantInnen am 8. Juli im Durchschnitt etwas weiter links verortet und in ihren Ansichten ein wenig radikaler als diejenigen, die bereits am 2. Juli demonstriert haben. Andere Punkte scheinen jedoch eher von den unmittelbaren Erfahrungen des Protestes als solches und der medialen Berichterstattung geprägt worden zu sein. Dies gilt insbesondere für die Wahrnehmung des jeweils anderen Demonstrationenzuges ebenso wie für das Vertrauen in die Polizei. Damit lässt sich die Eingangsfrage beantworten: Trotz paralleler Protestereignisse lassen sich mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Teilnehmenden feststellen als zunächst vermutet. Und auch wenn es klare Kontinuitäten zur globalisierungskritischen Bewegung gibt, handelt es sich nicht bloß um ein Revival. Die aktuelle politische Situation prägt die Inhalte der Kritik und lässt die Hoffnung auf Reformierbarkeit der G20 unter den Demonstrierenden als gering erscheinen.



Sabrina Zajak (Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Ruhr-Universität Bochum)

Sebastian Haunss (Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (Universität Bremen))

Priska Daphi (Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)

Leslie Gauditz (Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, Universität Bremen)

Matthias Micus (Göttinger Institut für Demokratieforschung, GfD)

Moritz Sommer (Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Freie Universität Berlin)

Simon Teune (Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin)

Kontakt: info@protestinstitut.eu

Anmerkung

¹ Mit dieser Befragung wird an frühere Studien des IPBs zu den Protesten gegen den Irakkrieg (2003), gegen Stuttgart 21 (2010), den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2015) und zuletzt bei den Anti-TTIP/CETA-Protesten (2015) angeknüpft (u.a. Baumgarten/Rucht 2013; Daphi u. a. 2014; Daphi/Haunss/u. a. 2015). Der ausführliche Bericht kann auf folgender Webseite heruntergeladen werden: <https://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-g20-demonstrationen-2017/>. Dieser enthält eine detaillierte Analyse aller abgefragten Punkte, ebenso wie einen weite-

ren von Philipp Knopp, Stephanie Schmidt, Roman Thurn und Peter Ullrich verfassten Teil, der sich explizit mit dem Thema Polizei und Versammlungsfreiheit beschäftigt.

Literatur

Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter 2013: Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“: einzigartig oder typisch? In: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz, Wiesbaden: Springer VS, 97-125.

Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Zajak, Sabrina 2015: Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration „TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!“ am 10. Oktober in Berlin. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. IPB Working Papers. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Berlin, 1. Mai 2002 - Politische Demonstrationsrituale. Leverkusen: Leske + Budrich.

Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) 2008: Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien. Frankfurt - New York: Campus.